

439/AE XX.GP

#### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde  
betreffend Euroinformationskampagne und deren Leitung

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 3. April d.J. eine sogenannte "EURO-Informationsoffensive" beschlossen. Die gesamte Leitung dieser Kampagne wird von Kanzler, Vizekanzler und Finanzminister wahrgenommen. Operativ verantwortlich und operationell beauftragt mit der "EURO-Informationsoffensive" wurde der Finanzminister. Für diese Kampagne wird ein "EURO-TEAM" und als "EURO-Manager" Dr. Gustav Raab eingesetzt. Die bis 2002 geplante "EURO-Informationsoffensive" soll mit insgesamt 40 Millionen öS dotiert werden und u.a. durch EU-Mittel kofinanziert werden. Nunmehr wurde durch Veröffentlichungen der GRÜNEN bekannt, daß "EURO-Manager" Dr. Raab auch Mitglied der sogenannten "Group Euro Members" der EU-Kommission ist. Die Mitglieder dieser Gruppe, 14 Österreicher darunter Dr. Raab, sollen für den EURO werben. Vertraglich verpflichten sich die Group Euro - Mitglieder in ihrem eigenen Namen aufzutreten, dabei aber keine Ansichten vertreten, die im Widerspruch zur Meinung der Kommission stehen.

Im betreffenden Vertragstext heißt es:

. . . to speak in a personal capacity for part of their lecture provided that they state explicitly that they are going to do so and do not express any views contrary to those of the commission...

Damit verpflichtet sich der "EURO-Informationsbeauftragte" der österreichischen Bundesregierung keinerlei Abweichung von der Position der EU-Kommission öffentlich vorzutragen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

#### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die EURO-Informationskampagne der Bundesregierung hat nach strengen Kriterien der Objektivität und Ausgewogenheit durchgeführt zu werden. Da sich Dr. Gustav Raab der Europäischen Union gegenüber zur Parteilichkeit verpflichtet hat, ist er zur Leitung dieser Kampagne ungeeignet und daher abzuberufen .

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verfassungsausschuß vorgeschlagen.